Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

24.8.1926 (No. 194)

Visual Library

№ 194 Dienstag, den 24. August 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8513

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Die Wirtschaftslage Mannheims

Der **Jahresbericht der Handelskammer Mannheim** für das vergangene Jahr ist nun erschienen. Er gibt in der Einleitung ein Bild der ernsten Wirtschaftslage Mannheims, des größten badischen und eines der bedeutendsten Handelsplätze Deutschlands. Es heißt darin:

„Das Jahr 1925 wird in der Geschichte der Stadt Mannheim als die Epoche gelten, in welcher sich die seit Kriegsende fühlbaren vielseitigen ungünstigen Einflüsse auf das Mannheimer Wirtschaftsleben in voller Stärke auszuwirken begannen. Die Inflation konnte diese Entwicklung lediglich zeitweise ausschalten und hinausziehen.

Die **Häfen** des zweitgrößten europäischen Binnenumschlagsplatzes sind nach vollständiger Stillegung während der Besetzung im Jahre 1923 und nach dem kurzen Aufschwung im Jahre 1924 und zu Anfang des Jahres 1925 **immer mehr verödet**, so daß in den ersten 4 Monaten des Jahres 1926 nur etwas mehr wie die Hälfte des Verkehrs der gleichen Zeit der Vorjahre aufgewiesen wurde. (Januar—April 1924 600 000 Tonnen, Januar—April 1925 540 000 Tonnen, Januar—April 1926 350 000 Tonnen.) Die umfangreichen Lagerhäuser der großen Schiffahrts- und Speditionsgesellschaften sind fast ohne Inhalt. Die Hallen, die normalerweise kaum alle Umschlagsgüter aufzunehmen vermochten, sind noch nicht zu einem Zehntel ihres Fassungsvermögens belegt. Die öffentlichen und privaten Transitläger des Eisenhandels und des Tabakhandels sind leer, soweit ihr Inhalt nicht infolge des fehlenden Umschlags festliegt. Das gleiche gilt vom Kohlengroßhandel, dessen Lager im Gegensatz zu den Hallen der Speditionsfirmen wohl eine drückende Fülle aufweisen, die indessen deutlich auf den fehlenden Absatz hinweist.

Die großen **Industriebetriebe** der „industriellen Grenzstadt" suchen Anlehnung an kräftige Konzerne. Andere Betriebe sind gezwungen, ihre Arbeitszeit einzuschränken. Verlustabschlüsse weisen auf die bedrängte Lage dieser Firmen hin. Das Bestreben der Verminderung der Unkosten macht sich in den sich häufenden Versuchen, günstigere Produktionsgebiete aufzusuchen, geltend.

Die Arbeitslosigkeit mit all ihren Auswirkungen, vor allen Dingen des Rückgangs der Kaufkraft, macht sich im gesamten Wirtschaftsleben grausam bemerkbar. Unter den deutschen Städten mit über 200 000 Einwohnern stand Mannheim am 1. März 1926 mit 55,4 Hauptunterstützungsempfängern auf 1000 Einwohner an erster Stelle unter den deutschen Großstädten. (Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 20. April 1926 im Bezirk Mannheim 22 950.) Die Lasten für Wohlfahrtspflege in den städtischen Voranschlägen schwellen an. 34,3 Proz. sämtlicher Gemeindeeinnahmen werden für sie ausgegeben, M. 35.— auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1925.

Die **Gründe für diese Erscheinungen**, Rückgang des Verkehrs, des Umschlags, des Handels, Einschränkung der Industriebetriebe, Arbeitslosigkeit usw. sind teils in der **europäischen Wirtschaftskrise**, teils in der **deutschen Krise**, welche in der ersteren eine besondere Rolle spielt, zu suchen, zum Teil aber auch in einer Reihe von Maßnahmen, welche das **südwestdeutsche Grenzgebiet** besonders treffen.

Die **europäische Wirtschaftskrise**, zurückzuführen

a) auf eine den europäischen Absatzradius verkleinernde Verschiebung der Weltmärkte zuungunsten Europas infolge des zollpolitischen Protektionismus der Nachkriegszeit und der zunehmenden Autonomisierung der Rohstoffgebiete, sowie

b) auf einen ursprünglich für Kriegszwecke, jetzt für industrielle Rüstung bestimmten außerordentlich starken **Ausbau des nationalen Produktionsapparats**

ist der Rahmen, in welchem sich die **deutsche Krise** abspielt.

Verluste an Rohstoffgebieten,
Verlust der gesamten Handelsflotte,
der Absatzorganisation des deutschen Handels im Ausland,
Verlust an Betriebskapitalien infolge der Inflation, sei es durch Immobilisierung und große wertlose Erweiterungsbauten, sei es durch Entwertung von flüssigen Betriebsmitteln,
Politische Behinderung der deutschen Außenhandelspolitik,
Politische Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr,
Untragbare Reparationslasten und ausländ. Dumping auf einer Reihe der Hauptmärkte deutscher Fabrikate

haben eine derartig erhebliche **Vorbelastung** der deutschen Wirtschaft teils direkt, teils indirekt durch allzu hohe Steuern geschaffen, daß die Anpassung an die verringerte Absatzmöglichkeit und an die verbesserten Produktionsmethoden der seit 1914 nicht in dem Umfang wie Deutschland behinderten Länder ein sehr scharfes Tempo annehmen mußte.

Der **Kampf um den Absatz**, ein Schicksal, welches der deutschen Wirtschaft auf lange Zeit hinaus auferlegt ist, tritt vor allen Dingen in der Bewegung des deutschen Außenhandels in Erscheinung. Trotz aller Bemühungen vermochte die Kurve des deutschen Exports, welche sich in einer Höhe von zirka 50 Proz. der Vorkriegszeit bewegt, keine andauernde Steigung aufzuweisen. Erfreulich ist, daß die deutsche Einfuhr, welche im Verlaufe fast des gesamten Jahres die deutsche Außenhandelsbilanz stark passiv gestaltete, am Ende des Berichtsjahres ziffernmäßig unter die Kurve der Ausfuhr zurückgewichen ist, eine Erscheinung, welche vor allem auf die Preissenkung einiger wichtiger Einfuhrgüter (Textilien und Getreide) auf dem Weltmarkt gegenüber dem Vorjahre und die durch die Kapitalnot bedingte Einfuhrbeschränkung zurückgeführt wird.

Konkurrenzunfähige Betriebe wurden durch Konkurse und Liquidationen in großer Zahl abgestoßen. Die Konkursziffern sowie die Zahlen der Geschäftsaufsichten zeigen eine im Verlauf des Jahres 1925 anschwellende Ziffer. Die Gegenüberstellung von Gründungen und Auflösungen zeigt einen Rückgang der ersteren und eine Steigerung der letzteren.

Auf dem Arbeitsmarkt wirkte sich die Krise in ihrer ganzen Höhe erst im Spätherbst des Berichtsjahres und am Anfang des Jahres 1926 aus.

Das **südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet**, hier wieder vor allem die Stadt Mannheim in ihrer doppelten Eigenschaft als Binnenhafen, Umschlagsplatz und industrielle Grenzstadt, mußte unter den vorgenannten Ursachen um so stärker leiden, als ihre Industrie infolge der Grenzlage im besonderen Maß auf den Auslandsabsatz eingestellt, ihr Handel auf den Auslandshandel angewiesen war und ihr Umschlagsverkehr durch innerpolitische Maßnahmen, welche zu all den Ursachen noch hinzukommen, lahmgelegt wurde.

Verlust der frachtgünstigen Hauptabsatzgebiete der Mannheimer Industrie und des Mannheimer Handels durch den Versailler Vertrag (Saargebiet, Elsaß-Lothringen) und durch die hochschutzzollpolitische Tendenz benachbarter Gebiete, Stillegung der gesamten Häfen und eines Teils der Industriegebiete während der Besetzung, ungenügende Entschädigung bei der Besetzung erlittener Schäden, Störung der Wirtschaftsbeziehungen zu der benachbarten Pfalz, Verlust eines Großteils der Rheinflotte der in Mannheim ansässigen Schiffahrtsgesellschaften, eine dem Rheinverkehr feindliche Tarifpolitik der Reichsbahn, Schiffbarmachung des Oberrheins, hoher Lohnstandard, Auswirkung einer bei der Grenzlage Mannheims äußerst gefährlichen kleinstaatlichen Politik, eine über andere Plätze hinausgehende Steuerlast, haben die Mannheimer Wirtschaft, wie schon erwähnt, im Jahre 1925 unverhältnismäßig stark in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

Die eingehenden Bemühungen der Handelskammer um eine Besserung der Lage mußten sich, um einige Hauptpunkte zu nennen, vor allen Dingen darauf beziehen: **Vorkriegsparität in den Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung Mannheims wieder zu erstreben.**

Die Arbeit der Handelskammer bezog sich

a) auf ausgedehnte Mitarbeit auf dem Gebiet der deutschen Außenhandelspolitik (Handelsvertragsverhandlungen, Sachverständige, Zollwünsche und dergleichen), deren allzu starke politische Beeinflussung im Jahre 1925 kein zufriedenstellendes Ergebnis zeitigte. Ferner auf ausgiebige Mitarbeit an der Ausgestaltung des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes (Außenhandelsabteilung, Reichsnachrichtenstelle), auf Mitarbeit in der Entschädigung der Vorkriegsschäden und nicht zuletzt auf die Mitarbeit in der wissenschaftlichen Erforschung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und Grundlagen als Vorbereitung für eine wirtschaftlich engere und fruchtbringendere Zusammenarbeit der europäischen Staaten;

b) auf die Bekämpfung der rheinschiffahrtfeindlichen Tarifpolitik der Reichsbahn und weitgehendste Förderung neuer Verkehrsarten und Gebiete (Luftverkehr, Automobilstraße, Elektrifizierung der Bahnen, Brückenfrage);

c) auf ausgedehnte Mitarbeit in der Steuergesetzgebung mit dem Ziel der Befolgung des alten finanzpolitischen Grundsatzes der Ausgabengestaltung nach den vorhandenen Einnahmen;

d) auf den Versuch einer Rationalisierung kommunaler Betätigung auf dem Weg gemeinschaftlicher Bearbeitung gemeinsamer Interessengebiete wirtschaftlich und geographisch zusammenhängender Teile;

e) auf den Versuch, bei Land und Kommunen das dringend notwendige Verständnis dafür zu erwecken, daß eine Bekämpfung der Auswirkungen der Krise (Arbeitslosigkeit) nur durch Beseitigung ihrer Ursachen, d. h. durch Verminderung der Produktionskosten und Steigerung der Arbeit möglich ist;

f) auf Förderung des kaufmännischen Unterrichtswesens (Handelshochschule, Handelsschule, industrielles Lehrlingswesen) und Hebung rationeller Betriebstechnik (Bücherrevisorenprüfungen);

g) auf den Versuch, in einer losen Vereinigung wirtschaftlicher Organisationen und Verbände der Industrie und des Handels sowie der Landwirtschaft durch Aussprachen, Vorträge, Besprechungen usw. Verständnis für die gegenwärtige Lage zu schaffen und hierdurch die Voraussetzung für eine zweckdienliche Wirtschaftspolitik.

Der Kampf um das Ziel der wirtschaftlichen Besserung ist der **Kampf um die billigsten Kosten**. An der Erreichung dieses Ziels zum Nutzen des Ganzen mitzuarbeiten, wird auch weiterhin die Hauptaufgabe der Handelskammer sein müssen. Wie wenig dabei die zielbewußte Mitarbeit von Land und Gemeinde entbehrt werden kann und welcher Einfluß beim Kampf um dieses Ziel der Regierung zufällt, beweist die Äußerung Bismarcks, die er als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt unterm 4. Mai 1858 niederschrieb und welche bereits in einer Einleitung zum Jahresbericht der Handelskammer für das Jahr 1910 enthalten ist:

„Mannheim ist weitaus der bedeutendste Handelsplatz des Landes, dessen Wichtigkeit aber von den Anordnungen einer umsichtigen und intelligenten Verwaltung des Landes abhängig bleibt. So gewiß als Mannheim bei richtiger Unterstützung der Regierung zum Mittelpunkt eines großartigen Verkehrs erhoben werden kann, ebenso sicher ist es, daß diese Stadt rückwärtsgehen muß, wenn ihre Interessen denjenigen anderer Lokalitäten hintangesetzt werden."

Deutschland und der Völkerbund

Außenminister Dr. Stresemann wird am Donnerstag dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags über die Entwicklung der auswärtigen Politik, vor allem der Völkerbundsfrage Bericht erstatten. Doch ist es noch immer ungewiß, ob die Regierung bis dahin schon in der Lage ist, mit einiger Sicherheit den Gang der kommenden Ereignisse zu übersehen, zumal die Tagung der Studienkommission, in der das heikle Problem der Ratssitze wieder behandelt wird, noch bevorsteht. Verschiedene Meldungen schildern jedoch die Lage wieder optimistisch. Man glaubt zwar in Berlin einige Anzeichen dafür zu besitzen, daß sich Spanien und Polen letzten Endes in den Verhandlungen der Studienkomission davon überzeugen lassen werden, daß ein ständiger Ratssitz für sie nicht erlangbar ist, und sich mit einigen Modifikationen des im Mai approbierten Vorschlages für die Ratserweiterung zufrieden geben werden.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wird vermutlich auch über die **Zusammensetzung der deutschen Delegation** gesprochen werden, die gegebenenfalls, wenn Deutschlands Aufnahme in den Bund und in den Rat sichergestellt wäre, nach Genf zu entsenden wäre. Der Delegation werden voraussichtlich der Minister des Auswärtigen, Dr. **Stresemann**, Staatssekretär von **Schubert** vom Auswärtigen Amt und Staatssekretär **Pünder** von der Reichskanzlei angehören. Auch die Hinzuziehung von Vertretern der großen Reichstagsfraktionen ist bei der letzten Kabinettsberatung ins Auge gefaßt worden. Entsprechend dem Brauche, den andere Regierungen bei der Beschickung der Völkerbundsversammlungen üben.

*

Der **Völkerbundsrat** wird am 2. September in Genf zu seiner 41. Tagung zusammengetreten, die während der ganzen Völkerbundsversammlung dauern wird. Den Vorsitz wird **Benesch** (Tschechoslowakei) führen.

Dem Völkerbundsrat wird zu dieser Tagung der Bericht der von ihm eingesetzten Kommission zur Prüfung der **Reorganisation des Völkerbundsrates**, die bekanntlich am 30. August in Genf zusammentreten wird, vorgelegte werden.

Unter den übrigen Geschäften der provisorischen Tagesordnung sind zu erwähnen die Berichte über die Arbeit der verschiedenen Kommissionen, die seit der Junisession des Völkerbundsrates getagt haben, d. h. der Hygienekommission, der Mandatskommission, der Finanzkommission, der Wirtschaftskommission u. a. mehr.

Der Völkerbundsrat wird ferner Kenntnis nehmen von dem Schlußbericht der Völkerbundsoberkommissäre in Wien und Budapest, die ihre Tätigkeit gemäß dem in der letzten Session des Rates gefaßten Beschlüssen eingestellt haben. Des weiteren wird sich der Völkerbundsrat mit der Frage der Ansiedelung der griechischen und bulgarischen Flüchtlinge befassen, die finanzielle Lage der Freistadt **Danzig** prüfen und über die Maßnahmen beraten, welche die Regierungskommission für das **Saargebiet**, für die Sicherung der Transport- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes ins Auge faßt.

Auf Ersuchen der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans als Unterzeichner der **Memeler Konvention** wird der Völkerbundsrat ebenfalls über eine **Denkschrift des Landtages des Memeler Gebietes** beraten. Die litauische Regierung wurde in dieser Angelegenheit eingeladen, die ihr wichtig erscheinenden Bemerkungen einzureichen.

Reichspräsident v. Hindenburg passierte am Montag auf seiner Urlaubsreise nach Dietramszell bei Tölz in Begleitung seines Sohnes **München**. Er wurde auf dem Bahnhof nur vom Stationsvorstand begrüßt; ein offizieller Empfang hat nicht stattgefunden. Der Reichspräsident fuhr in seinem Salonwagen sofort weiter nach **Isen** im Osten Münchens und besuchte dort den Gründer und ehemaligen Führer der bayerischen Einwohnerwehr, Oberforstrat **Escherich**, bei dem er den Sonntag verbrachte. Am Abend begab sich der Reichspräsident nach seinem Sommeraufenthalt nach Dietramszell. Ein Besuch bei Ludendorff, den einige Blätter angekündigt hatten, hat nicht stattgefunden.

Stahlhelm und Beamteneid. Wie der „Vorwärts" meldet, hat der Regierungspräsident von Merseburg, **Grützner**, beim preußischen Minister des Innern den Antrag gestellt, den Beamten die Zugehörigkeit zum „Stahlhelm" mit Rücksicht auf die schweren Beschimpfungen der Reichsverfassung im Stahlhelmorgan „Die Standarte" zu verbieten, weil die Zugehörigkeit zum Stahlhelm mit dem preußischen Beamteneid nicht vereinbart werden könne. Der Regierungspräsident von Merseburg hat ferner die Polizeipräsidenten und Landräte angewiesen, unverzüglich gegen die studentische Mensur einzuschreiten.

Überfall auf einen nationalsozialistischen Schriftleiter. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums Frankfurt a. M. wurde Montag morgen der Schriftleiter der nationalsozialistischen Zeitung „Freiheitsfahne", **Hintze**, in schwer verletztem Zustande von einer Polizeistreife aufgefunden. Er hatte zwei Messerstiche im Oberschenkel und im Arm und mehrere schwere Verletzungen am Kopfe. Bei seiner Vernehmung gab der Verwundete an, daß ungefähr 15 bis 20 Personen, die zum Teil rote Frontkämpferabzeichen, zum Teil rote Armbinden trugen, auf ihn losgeschlagen und ihn in den Main geworfen hätten.

Amtliche Stimmzettel in Sachsen? Die sächsische Regierung schlägt dem Landtag in einem Gesetzentwurf die Einführung **des amtlichen Stimmzettels für die Landtagswahlen** vor. Parteien, die bisher im Landtag noch nicht vertreten waren, haben 3000 Mark in die Staatskasse zu zahlen, die ihnen zurückerstattet werden falls sie einen Sitz im Landtag erlangen. Man will dadurch dem **Übel der Splitterparteien** vorbeugen, wird damit aber wohl nicht allzuviel Glück haben.

Mit der Beilage: 67. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Vom Katholikentag in Breslau

Telegramme an den Reichspräsidenten und den Papst

Der Präsident Graf **Neipperg** verlas am Montag ein Antwortschreiben des Papstes auf die Ergebenheitsadresse, die das Lokalkomitee nach Rom gerichtet hatte. In dem Antwortschreiben drückt der Papst seine Freude darüber aus, daß auf dem deutschen Katholikentag die Angelegenheiten zur Behandlung bestimmt seien, die in der Not der gegenwärtigen Zeit am allerdringlichsten erscheinen. Dazu gehöre sicher das Bestreben, alle zum Gehorsam gegen das christliche Gesetz zu bringen als auch die vielfältigen Bemühungen endlich einmal die Menschen unserer Zeit, die in heidnische Sitten zurücksänke, Zügel anzulegen. Nur auf diesem Wege werde es gelingen, unter den Völkern das Reich Jesu Christi zu errichten. — Zum Schluß des Schreibens erteilte der Papst den Teilnehmern am Katholikentag den apostolischen Segen.

An den Reichspräsidenten **von Hindenburg** ging folgendes Telegramm: „Die 65. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt den deutschen Reichspräsidenten mit dem Gelöbnis der Treue zum Reich und der Mitarbeit an seinem Wiederaufbau".

Reichspräsident **v. Hindenburg** anwortete aus **Dietramszell** (Oberbayern): „Der 65. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands danke ich für die freundlichen Grüße, die ich herzlich erwidere und für das Gelöbnis der Treue und Mitarbeit, das ich gerne entgegengenommen habe. Möge ihre Tagung guten Erfolg haben und dazu beitragen den Geist gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Hingabe an das Vaterland zu stärken und zu verbreiten."

An den **Papst** wurde ein Telegramm geschickt, in dem der Katholikentag die Gelöbnisse unverbrüchlicher Treue und sittlichen Gehorsams dem Papste zu Füßen legt.

Der Katholikentag sandte an den Erzbischof **Moray del Rio** in Mexiko ein Telegramm, in dem u. a. der Wunsch ausgesprochen wird, daß dem mexikanischen Volke bald ein vollkommener Friede zwischen Staat und Kirche beschieden sein möge.

Die Schulorganisation des Katholikentages

nahm einstimmig zum Reichsschulgesetz eine **Entschließung** an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung alsbald den angekündigten neuen Entwurf zum Reichsschulgesetz den parlamentarischen Körperschaften vorlegt, und betont wird, daß dieser auf den Grundsätzen der Gewissensfreiheit und des Elternrechts aufbauen müssen. Der **Bekenntnisschule** müsse vollständig Gleichberechtigung mit jeder anderen Schulart und volle Entwicklungfreiheit in allen deutschen Länder gelassen werden. Der katholische Religionsunterricht sei in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirchenu nd in ihrem Auftrage und unter ihrer Leitung zu erteilen.

In weiteren einstimmig angenommenen Entschließungen wird verlangt, daß der **Religionsunterricht** auch in den Lehrplänen der **Berufsschulen** eingegliedert wird und unverzüglich alle Hemmungen beseitigt werden, an denen bisher die Ausgestaltung des Religionsunterrichts in der Berufsschule scheiterten.

In einer weiteren Entschließung werden alle Organe der Schulverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden ersucht, durch ausreichende Mittel den **stellenlosen Lehrernachwuchs** geistig und beruflich leistungsfähig zu erhalten.

Außerdem wurde eine Einschließung angenommen, in der zum Schutze der Jugend und zum Wohle des Volkes die alsbaldige Verabschiedung des dem Reichstag vorliegenden Gesetzes zur **Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund** gefordert wird. Im Lichtspielwesen müsse künftig mehr als je den großen christlichen Volks- und Kulturorganisationen die Möglichkeit zu fruchtbringender Mitarbeit gegeben werden.

Französische Stimmen zur Breslauer Kanzlerrede

Die Pariser Blätter begnügen sich in der Hauptsache mit einer mehr oder weniger ausführlichen Wiedergabe der Rede des Reichskanzlers **Marx** auf dem deutschen Katholikentag. Nur der „Temps" hat bereits dazu Stellung genommen. Er begrüßte, daß der Kanzler, soweit es ihm angesichts der Bestrebungen der Regierung. die Empfindlichkeit des deutschen Nationalismus zu schonen, möglich sei, für eine Verständigung eingetreten sei. Er brachte jedoch im weiteren Verlauf seiner Kritik den extrem französisch. Standpunkt in allen Fragen zum Ausdruck, die der Reichskanzler berührt hatte. Der „Homme libre" schreibt, der Führer der deutschen Regierung habe sich in Wendungen ausgedrückt, die in glücklichem Kontrast stehen zu gewissen chauvinistischen Reden oder gewissen schlecht angebrachten Artikeln, die man nur zu oft in der deutschen Presse gelesen. Wenn in den kommenden Tagen die deutschen Diplomaten sich wirklich von gesundem Menschenverstand und der Mäßigung, die sich in der Breslauer Rede geltend macht, leiten ließen, werde man auf die in gewissem Maße bei der Lösung der beängstigenden Probleme rechnen können, die dem nächst von dem Völkerbundsrat aufgeworfen würden.

Politische Neuigkeiten

Das neue Waffengesetz

Wie eine Korrespondenz mitteilt, wird der Entwurf des **neuen Gesetzes über Schußwaffen und Schießbedarf** einige wichtige Erweiterungen erfahren. Während bisher nur für die Führung von Schußwaffen an öffentlichen Orten ein Waffenschein erforderlich war, wird nunmehr der Besitz von Waffen überhaupt von der Erteilung der **Erlaubnis** abhängig gemacht. Auch **Kleinkaliberbüchsen** dürfen nicht ohne Waffenschein erworben werden. Außerdem wird die Führung von Kleinkaliberwaffen durch politische Organisationen, sowie die Abhaltung von Schießübungen in militärischer Form verboten werden.

Freigabe der Luftfahrt im besetzten Gebiet

Wie der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat nunmehr die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz das bisher für deutsche Flieger bestehende Verbot des Überfliegens des besetzten Gebietes aufgehoben und die deutschen Gesetze über die Luftfahrt zugelassen. Deutsche Flieger bedürfen im besetzten Gebiet jedoch der vorherigen Genehmigung der Rheinlandkommission, die an Luftverkehrsgesellschaften für kurze Fluglinien als Kollektivgenehmigung erteilt wird. Einzelne Flieger müssen eine besondere Genehmigung nachsuchen, auch für den sogenannten Segelflug. Freiballonfahrten sind ohne besondere Erlaubnis statthaft. Die Beförderung von Waffen und dergleichen ist verboten. Transport und Benutzung von Lichtbildgeräten müssen besonders genehmigt werden. Der Wortlaut der diesbezüglichen Ordonnanz 309 wird alsbald im Mitteilungsblatt des Reichskommissars veröffentlicht werden, das durch sämtliche Postanstalten zu beziehen ist.

Der Ausschuß für das Reichsehrenmal am Rhein,

Düsseldorf, Landeshaus, gibt in Broschürenform einen Bericht über die Verhandlungen mit Vertretern von Organisationen der Frontkämpfer usw. am 26. Juli d. J. in **Lorch** über die Platzfrage für das Reichsehrenmal heraus. Sämtliche Vertreter haben sich, wie aus der Niederschrift hervorgeht, einstimmig dafür ausgesprochen, daß vor jeder endgültigen Entscheidung über die Wahl des Platzes die Frage eines Inselmals im Rhein unbedingt einer eingehenden sachlichen Prüfung unterzogen werden müsse. Alle Redner mit sehr wenigen Ausnahmen haben sich sogar schon direkt für eine Insel im Rhein als den besten Platz für die Totenehrung ausgesprochen. Hierdurch werden also Nachrichten, die Frontkämpfer und Kriegshinterbliebenen seien einmütig für Berka, widerlegt. Die Broschüre, die mit zwei Bildern der Rheininseln bei Lorch und bei Hammerstein geschmückt ist, enthält ein genaues Verzeichnis der Teilnehmer an den Verhandlungen, sowie den Inhalt ihrer Reden. Belangreich ist der als Anhang der Broschüre beigefügte Bericht des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat Freiherr v. **Biegeleben**, der an den Reisen des Ausschusses des Reichsrats zur Besichtigung der angebotenen Örtlichkeiten für das Reichsehrenmal teilgenommen hat.

Japan und seine Auswanderungspolitik

Bei der Ankündigung der Eröffnung der Süd-Pacific-Handelskonferenz am 11. September in Tokio, erklärte ein Mitglied des japanischen Auswärtigen Amtes, Japan habe seine gesamte Auswanderungspolitik umgestoßen, nach dem es die Zwecklosigkeit und die Torheit seiner früheren Bemühungen, seine Bevölkerung dorthin zu senden, wo sie nicht gewünscht werde, eingesehen habe. Japan beabsichtige in Zukunft, **Hokkaido, Formosa** und seine anderen Besitzungen zu kolonisieren, es beabsichtige jedoch nicht, Auswanderer nach Australien, Canada oder anderen Ländern zu senden, da es erkenne, daß seine bisherige Politik viel Schwierigkeiten und viel Verstimmung verursacht habe. Japans Politik sei jetzt den Handel mit anderen Ländern, insbesondere denen im Süd-Pacific zu verbessern, Industrielle und Fabrikanten zu ermutigen, sich auf die Herabsetzung der Kosten zu konzentrieren, die Qualitäten zu verbessern und eine riesige Ausfuhr aufzubauen. Die Vorlage, die das Einwanderungsprogramm nach Hokkaido enthält werde dem Landtag in seiner kommenden Tagung vorgelegt werden.

Französische und polnische Luftrüstungen. Die „Daily News" berichtet, in Frankreich würden **Riesenflugzeuge** für die Armee gebaut. Ein Apparat sei bereits abgeliefert worden und etwa ein Dutzend andere würden folgen. — Auch die **polnische** Regierung habe einer polnischen Flugzeugfabrik einen Auftrag auf **hundert neue Militärflugzeuge** gegeben. Diese Tatsache, und in Verbindung damit die Transporte französischen Kriegsmaterials nach Polen über Danzig und die Anwesenheit eines französischen Flottengeschwaders in den baltischen Gewässern verursache beträchtliche Beunruhigung in den Randstaaten wie in Deutschland.

Kurze Nachrichten

Der preußische Ministerpräsident Braun hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten. Die Vertretung hat als ältester Minister Dr. Am Zehnhoff übernommen.

Unregelmäßigkeiten bei Lieferungen an Behörden. Der „Berl. Lokanz." meldet aus Stettin, daß dort der Lebensmittelgroßhändler Dehnel unter dem Verdacht verhaftet worden ist, bei Lieferung an Behörden und Truppenteile Unregelmäßigkeiten begangen zu haben. Der Verwalter des Stettiner Siechenhauses, Radecke und der Unteroffizier Kraft des Pionierbataillons 2 wurden gleichfalls festgenommen.

Ein deutsches Reisebüro in London. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft eröffnet im Herbst in **London** ein Reisebüro, das den Reiseverkehr nach Deutschland regeln und auch auf die Naturschönheiten und Heilquellen des Landes aufmerksam machen soll.

4½ Millionen Besucher der Gesolei. Bis zum 18. Aug., dem 104. Tage der Eröffnung, ist die Düsseldorfer Ausstellung „Gesolei" von rund 4½ Millionen Personen besucht worden. Obschon der Besuch in den letzten Tagen ständig zugenommen hat, ist eine Verlängerung der Ausstellung über den 10. Oktober hinaus nicht vorgesehen.

Herabsetzung des Reisetransitvisums nach Polen. Nach einer Mitteilung an die Presse werden vom 1. September ab die Gebühren für Transitvisa durch Polen von 10 auf 2 Goldfranken ermäßigt. Diese Ermäßigung gilt sowohl für die Hin- wie die Rückreise.

Verkauf der „Norge" an Italien. Das Luftschiff „Norge" ist, wie aus Oslo gemeldet wird, an Italien verkauft worden. Die Kaufsumme liegt zwischen 100 000 und 250 000 Kronen.

Zum Streik der englischen Bergleute. „Daily Mail" berichtet, daß jetzt in den verschiedenen Kohlenbezirken Großbritanniens 36 000 Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten 9000 Arbeiter in Nottighamshire und Derbyshire seien am Montag zur Arbeit zurückgekehrt. In Mansfield wurden Bergarbeiter, die sich zur Arbeit begaben oder von der Arbeit zurückkehrten, angegriffen und durch Steinwürfe verletzt.

Mellon in Evian-les-Bains. „Havas" bestätigt, daß der amerikanische Schatzsekretär **Mellon**, der Direktor der Fédéral-Reserve-Bank von Newyork, Strong, und der Generalagent für die Reparationszahlungen, **Parker Gilbert**, sich gegenwärtig in Evian-les-Bains aufhalten.

Der Regent von Abessinien nimmt an der Völkerbundsversammlung teil. „Daily Expreß" berichtet, daß er persönlich den letzten Protest gegen das englisch-italienische Abkommen über Abessinien aufrecht erhalten werde.

Was die Amerikaner 1925 in Frankreich ausgaben. Nach einer amtlichen Statistik, die mit dem Handelsdepartement der Vereinigten Staaten ausgearbeitet wurde, haben im Jahre 1925 220 000 Amerikaner **Frankreich** bereist und dabei 226 160 000 Dollar oder rund fünf Milliarden französische Franken ausgegeben.

Ein Flug um Südamerika geplant. Das amerikanische Kriegsministerium beabsichtigt, noch in diesem Jahr 5 Heeresflugzeuge zu einem Fluge rund um Südamerika auszuschicken.

Noch keine Beilegung des Kirchenstreiks in Mexiko. Nach Meldungen aus der Stadt **Mexiko** ist die Hoffnung auf eine rasche Beilegung des mexikanischen Religionsstreites am Montag durch den einstimmigen Beschluß des römisch-katholischen Episkopats zunichte gemacht worden, für den Augenblick die kirchlichen Dienste nicht aufzunehmen.

Kunstreise nach Sachsen

Von Edmund **Strübing**, Mannheim

II.

Deutsch-römische Malerei und Zeichnung

In Leipzig hat sich das Museum der bildenden Künste mit dem altbekannten Kunstverein zusammengetan, um in gemeinsamer Arbeit eine Ausstellung aufzubauen, die geeignet ist, eines der in den letzten Jahren am meisten besprochenen Kapitel deutscher Kunstgeschichte der Vergangenheit übersichtlich auszubreiten. Diese Ausstellung der Deutsch-Römer ergänzt in sehr willkommener Weise die Nazarener-Ausstellung in Lübeck, von der ich vor etwa zwei Monaten an dieser Stelle berichten konnte.

Es ist ein eigentümliches Phänomen, daß seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, seit der Reise Winkelmanns nach Rom, die heilige Stadt mehr und mehr die Sehnsucht und das Ziel deutscher Künstler wurde. So fand sich hier um die Wende des 18. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 19. eine Künstlerkolonie zusammen, zu der viele der besten Namen zählten. Hier, an geweihter Stätte, suchte man aufzubauen, was schon Anton Raphael Mengs in seinen theoretischen Auseinandersetzungen gefordert hatte, wozu seine Zeit aber noch nicht reif war: eine deutsche Kunst, die sich von französischer und italienischer Kunstübung streng schied. So wurde Rom zum Sammelbecken nationaler Reformbestrebungen für das in sich uneinige, zerrissene und schwache deutsche Vaterland.

Als erster fand Asmus Jacob Carstens, ein schleswiger Müllerssohn, die Kraft, aus eigenem inneren Erleben seine großen Kompositionen zu gestalten, ohne sich auf den ganzen Apparat von Tonmodellen und Gliederpuppen, von Wachsfiguren und Beleuchtungskästen zu verlassen, die für den Atelierbetrieb der akademischen Kunst unentbehrlich waren. Er erkannte klar, daß das Zusammenbauen einer Komposition in einem solchen Puppenkasten das Bild um sein Bestes bringen mußte, um Geist und Seele. So schuf er frei aus seiner überreichen Phantasie heraus. Man versteht es heute kaum noch, wie revolutionär diese Auflehnung gegen die bisher so beliebte Schematisierung der Kunst wirken mußte. Die Künstler, die den gewohnten Schlendrian nicht verlassen wollten, weil in ihnen nicht die Quellen reicher Phantasie sprangen und sie mit nur zu gutem Grunde ein allzu rasches Versiegen und Verdorren ihres Schaffens fürchteten, wandten sich mit Wort und Schrift scharf gegen den Neuerer. Nur wenige folgten ihm begeistert an ihrer Spitze Joseph Koch, der die große Gesinnung des im Jahre 1798 verstorbenen Carstens erbte und ins 19. Jahrhundert hinüber rettete. Er wie der weniger selbständige Johann Christian Reinhart wurden die Gestalter des monumentalen Landschaftsbildes und die Lehrer der jüngeren Generation, die vor allem im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in genialem Ansturm eine Höhe national deutscher Kunst erreichten, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr gekannt war. Karl Fohr besonders, dessen großes Bild aus dem Besitz des ehemal. Großherzogs von Hessen das schönste und großartigste Bild der Leipziger Ausstellung ist, erreichte schon im ersten Anlauf seinen Meister Koch, und wenn er auch selbst noch bescheiden nach Hause schreibt, daß er es sich zutraue, es bald seinem Lehrer gleich tun zu können, so hatte er doch schon in dieser einen Probe seines Könnens den Meister weit übertroffen. Erstaunlich stark erscheinen neben Fohrs herrlichen Zeichnungen und Aquarellen die Arbeiten des zwei Jahre jüngeren Horny. Eine grandiose Weiträumigkeit erfüllt seine Landschaften, neben denen liebevolle Einzelstudien seine Verbundenheit mit dem Kleinsten erkennen lassen. Die deutsche Kunstgeschichte betrauert tief den Tod der beiden Jünglinge, die noch vor ihrer letzten künstlerischen Vollendung ins Grab sanken. Karl Fohr ertrank als noch nicht ganz Dreiundzwanzigjähriger in den reißenden Fluten des Tiber, Horny starb, siebenundzwanzig Jahre alt, in Olevano. Ein ähnliches Schicksal ereilte Johann Christoph Erhardt, der im Jahre 1822 als Achtundzwanzigjähriger in Rom sich selbst den Tod gab. Von ihm ist in der Ausstellung leider nur eine Zeichnung zu sehen, die aber seine geistige Verbundenheit mit den übrigen Deutsch-Römern deutlich zeigt. Auch dem Geraer Heinrich Reinhold und dem Heidelberger Ernst Fries war keine lange Schaffenszeit beschieden. Fünfunddreißig und dreiunddreißigjährig starben die beiden, der eine in Albano, der andere in der Heimat, nachdem er in Karlsruhe die letzten Jahre seines Lebens dem Ideal der deutschen Künstler in Rom untreu geworden war. Reinhold und Fries stehen in engem Zusammenhang mit Rohden. Martin von Rohden war einer der ältesten dieser Generation. Er hat schon 1778 in Kassel das Licht der Welt erblickt und lebte seit 1798 nur mit einer kurzen Unterbrechung dauernd in Rom. So war es möglich, daß er hier eine ganz besondere Rolle als Lehrer und Anreger spielen konnte. Während Koch die Landschaft zu monumentalisieren und zu heroisieren suchte, bemühte sich Rohden um einen unbedingten Objektivismus und Realismus, der ein gesundes Gegengewicht gegen den Einfluß Kochs bildete. Dabei sind seine Bilder von einer für die Zeit erstaunlichen Helligkeit in der Farbe. Der Sinn für Tonwerte ist bei diesem Künstler genau so stark ausgebildet wie seine unbeirrbare Objektivität in der Zeichnung.

Im Gegensatz zu den jung verstorbenen Fohr, Horny und Erhardt, die mit ungeheurer Intensität schaffend schon als Jünglinge Höchstes erreichten, gleich als ob sie gewußt hätten, daß Ihnen nicht lange Zeit gegeben sei für Ihr Werk, im Gegensatz zu diesen genialen jungen Künstlern brauchte Adrian Ludwig Richter ein langes Leben, um sich selbst zu finden und um sich durchzusetzen. Als Zwanzigjähriger kam er nach Rom, wo er im Kreise der deutschen Künstlerkolonie mannigfaltige Anregung fand. Koch vor allem hat auf ihn gewirkt. Ein paar frühe Bilder in der Ausstellung lassen das deutlich erkennen. Erst nach einer Rückkehr nach Deutschland fand er aber den gemütvollen, idyllischen Klang, der seine Bilder und mehr noch seine Buchillustrationen so beliebt gemacht hat.

Etwas außerhalb dieses Kreises, aber deutlich von ihm beeinflußt, stehen Ramboux und Nerly. Johann Anton Ramboux hat von dem jüngeren Fohr viel gelernt, und Friedrich Nehrlich, genannt Nerly, der in Italien später zum Vedutenmaler erstarren sollte schloß sich während seines kurzen Aufenthalts in Rom dem Altmeister Koch an. Ein paar gute, großgesehene Landschaftszeichnungen zeugen von der Begabung des Künstlers.

Von dieser großen, in sich trotz aller Verschiedenheit geschlossenen Gruppe, an deren Spitze Koch und Rohden vor allem stehen, sondert sich deutlich die Menge der sog. Nazarener ab. Ich hatte schon bei der Besprechung der Lübecker Ausstellung Gelegenheit, die Kunst dieser frommen Jünglinge zu charakterisieren. Eine Anzahl schöner Arbeiten, die auch in Lübeck zu sehen waren, ist in Leipzig wieder ausgestellt. Aber der Schwerpunkt ist hier verlegt. Nicht das eigentlich Nazarenische tritt in den Vordergrund, sondern mehr die große figürliche Komposition. Overbeck erscheint als derselbe von heiligem Ernst und tiefer Frömmigkeit durchdrungene Maler wie in der Ausstellung seiner Heimatstadt. Anders aber treten uns Schnorr und Cornelius entgegen, Schnorr von Carolsfeld besonders, der ja Leipziger von Geburt war und nach einem langen Leben im Jahre 1872 in Dresden die Augen schloß, ist hier gut zu studieren. Von seinen ersten Anfängen an, von feingestrichelten Zeichnungen, die er in Wien gefertigt hat, bis zu seinem Abschied von Rom kann man seine Entwicklung verfolgen. Die prachtvollen Landschaftszeichnungen aus einem Skizzenbuch des Jahres 1826 (?) gehören zu den schönsten Blättern der Ausstellung. — Der zehn Jahre ältere Peter von Cornelius hat noch ganz als rechter Schüler der Düsseldorfer Akademie lang-

Badischer Teil

Der badische Städtebund

hält am 18. und 14. September d. J. in Überlingen a. B. seinen 31. ordentlichen Städtetag ab.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht und Bericht über die Hauptausschußsitzung des Reichsstädtebundes (Oberbürgermeister Dr. **Gugelmeier**, Oberbürgermeister **Renner**, Bürgermeister Dr. **Kraus**). 2. Gebäudesondersteuer (Bürgermeister Dr. **Kraus**). 3. Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten (Bürgermeister **Keil** und Stadtrechtsrat Dr. **Ketterer**). 4. § 17 der Gemeindeordnung (Oberbürgermeister **Renner**). 5. Neuwahl des Ausschusses, des Vorsitzenden und des stellv. Vorsitzenden. 6. Rechnung 1925/26 und Voranschlag 1926/27 der Geschäftsstelle; Festsetzung der Umlage (Geh. Reg. Rat **Timme**).

Zum Ausbau der Murgtalbahn

DZ. **Freudenstadt**, 23. Aug. Bei den Beratungen im hiesigen Rathaus wegen Ausbaus der Murgtalbahn wurde weiter mitgeteilt, daß die **Baulose** für die Teilstrecke von Schwarzenberg **bis Schönmünzach ausgeschrieben** seien. Im Anschluß hieran wurden die weiteren Baulose ebenfalls in Angriff genommen. **Es** dürfe damit gerechnet werden, daß die Bahn im Verlauf von weiteren zwei Jahren fertiggestellt sein wird. Die Vereinbarungen mit den Gemeinden seien abgeschlossen bis auf eine Brückenverlegung in Schönmünzach, die Sache der Gemeinde bleibe. Die Reichsbahndirektion werde eine besondere Bausektion für die Murgtalbahn nicht schaffen; sie habe der Reichseisenbahnbauinspektion Freudenstadt die Ausführung übertragen.

Einführung der Reichsverdingungsordnung als Dienstvorschrift

Der Reichsminister der Finanzen hat am 11. August d. J. ein Rundschreiben an die Präsidenten aller Landesfinanzämter sowie an die Reichsbauverwaltung für die Reichsministerien gerichtet, wonach vorbehaltlich etwa noch erforderlich werdender Ausführungsbestimmungen die vom Reichsverdingungsausschuß aufgestellte **Verdingungsordnung für Bauleistungen probeweise als Dienstvorschrift eingeführt** wird. Die bisher für die Vergebung von Bauleistungen maßgebenden Vorschriften der Militär- und Marinebauordnung treten außer Kraft. Über die mit den neuen Bestimmungen gemachten Erfahrung und über etwaige Abänderungsvorschläge ist am 1. April jedes Jahres zu berichten. In dem Erlaß heißt es dann wörtlich:

Die Verdingungsordnung für Bauleistungen ist allen Kostenanschlägen und Ausschreibungen grundsätzlich unverändert zugrunde zu legen. Dabei ist zu beobachten, daß die „Allgemeinen Bestimmungen für die Vergebung von Bauleistungen — Din. 1960" (Teil A der VOB.) nur Verfahrensvorschriften für die Dienststellen sind, nicht Vertragsbestandteil werden und dem Auftragnehmer kein klagbares Recht geben. Als Vertragsbestandteil für die einzelnen Bauvorhaben gelten die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen — Din. 1961 —" und die „Technischen Vorschriften für Bauleistungen — Din. 1962 bis 1985" sowie die „Besonderen Vertragsbedingungen", aus denen alles Nähere hervorgeht. Das Muster für die „Besonderen Vertragsbedingungen" ist einheitlich bei allen Ausschreibungen anzuwenden.

Unveränderte Fernsprechgebühren

Die in der letzten Zeit laut gewordenen Wünsche der Wirtschaftskreise auf Neuregelung der Fernsprechgebühren bezogen sich im wesentlichen darauf, daß die Vielsprecher entlastet und die Wenigsprecher stärker herangezogen werden möchten. Außerdem wurde eine Herabsetzung der Gebühren für Entfernungen bis 100 Klm. gewünscht. Bei der gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage kommt eine Neuregelung, wie von der Reichspostverwaltung mitgeteilt wird, nur in Frage, wenn die neuen Tarife kein geringeres finanzielles Ergebnis haben als die bisherigen. Eine Gebührenermäßigung auf der einen Seite würde also durch Erhöhungen an anderer Stelle ausgeglichen werden müssen. Um einen Überblick zu erhalten, hat die Reichspost umfangreiche Ermittlungen angestellt, deren Ergebnis nach einem Beschluß des Verwaltungsrats zunächst dessen Arbeitsausschuß vorgelegt werden wird. Der Verwaltungsrat will seine Entschließungen von dem Ergebnis der Beratungen des Arbeitsausschusses abhängig machen. Bei dem starken Widerstreit der Meinungen läßt sich nicht übersehen, in welcher Richtung die Beschlüsse sich bewegen werden. Für das Jahr 1926 kommt daher eine Neuregelung nicht mehr in Frage.

---

weilige pseudoklassizistische Bilder gemalt, ehe er nach Rom kam, wo er erst die Befreiung fand. Seine Faustzeichnungen, deren innere Größe schon Goethe mit richtigem Blick erkannt hat, überraschen immer wieder durch die Wucht der Erfindung und die Unmittelbarkeit der Vision.

Neben diesen Hauptmeistern erübrigt es sich, all die anderen besonders zu nennen, die in der Leipziger Ausstellung vertreten sind. Nur noch ein Künstler verdient erwähnt zu werden, der außerhalb des deutsch-römischen Kreises stand, der selbst nie in Italien gewesen ist, der aber durch ständige Verbindung mit den „Hellenikern", wie man die Nachfolger des Carstens nannte, und mit den Nazarenern stand. Das ist Ferdinand von Olivier. Etwa dreißig Bilder und Zeichnungen seiner Hand lassen die merkwürdige geistige Verwandtschaft dieses in Wien und München schaffenden Künstlers mit den Deutsch-Römern erkennen, so daß es vollauf gerechtfertigt erscheint, sein Arbeiten in diesem Zusammenhang zu zeigen.

Es muß eine hochgemute Zeit gewesen sein, diese ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, und eine hochgemute Schar, die sich damals im Café Creco in Rom ihr Stelldichein gab. Italien, die Sehnsucht der deutschen Künstler seit Dürer, hatte sie alle gelockt. In gemeinsamem Schaffen wußten sie das Deutsche ihrer Art zu wahren, so sehr sie auch dem Lande Raffaels und Michelangelos ihren Tribut zollen mußten. Germanischen Ausdruck, deutsche Tiefe und Beseelung wissen sie alle zu verbinden mit dem Streben nach klassischer Klarheit. Dadurch unterscheiden sich diese Künstler von den Akademikern, die in bloßer geist- und seelenloser Nachahmung bewährter Kompositionsweisen ihr Genüge fanden. Das ist die Bedeutung dieser oppositionellen Gruppe der jungen deutschen Künstler in Rom, von denen aus eine erste Genesung der deutschen Kunst überhaupt zu kommen schien. Jahre des Kampfes waren es für alle, aber der Widerstand hat ihnen Kraft gegeben. Als er überwunden war, ließ die Spannkraft nach. Nur zu schnell endeten die Überlebenden in satter Bürgerlichkeit oder mündeten in einen neuen Akademismus, mit dessen Folgen wir heute immer noch zu kämpfen haben.

Abschluß der Heidelberger Festspiele. Die Heidelberger Festspiele sind am Sonntag abend zu Ende gegangen. Den Darstellern wurden lebhafte Ovationen bereitet. Schon jetzt darf ein großer künstlerischer und moralischer Erfolg der Festspiele in der gesamten Presse des In- u. Auslandes festgestellt werden.

Die deutsche Holzwirtschaft und die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen

Zu den noch schwebenden Verhandlungen zur Beilegung des deutsch-polnischen Zollkrieges wird uns über die Belange der deutschen Holzwirtschaft vom **Badischen Waldbesitzerverband**, Sitz Villingen, geschrieben:

Man ist deutscherseits bezüglich der Holzzollsätze den Polen schon sehr weit entgegengekommen, indem man geneigt war, in dem angestrebten Handelsvertrag ihnen die Höhe der Vorkriegszeit einzuräumen. Die polnischen Delegierten verlangten jedoch eine darüberhinausgehende Ermäßigung unseres Einfuhrzolles auf Schnittholz um rund 60 Proz. Da diese Forderung hier und da in deutschen Kreisen in Unkenntnis der Sachlage Berücksichtigung zu finden scheint, ist es notwendig, auf die Folgen eines Nachgebens in diesem Punkte erneut hinzuweisen.

Der Schnittholzzoll ist der Angelpunkt der Gruppe der Holzzölle im Zolltarif; seine Veränderung betrifft die Forstwirtschaft, die Sägeindustrie, den Holzhandel, die Möbel- und Holzwarenindustrie und das Baugewerbe. Aus einer Herabsetzung des Schnittholzzolles kann praktisch nur der Holzhandel Gewinn ziehen, soweit er sein Holz aus dem Auslande bezieht. Das ist jedoch nur ein Bruchteil des deutschen Holzhandels. Alle anderen genannten Wirtschaftsgruppen würden durch Herabsetzung der jetzt gültigen Zollsätze einen Nachteil erleiden.

Es wird vielfach die Ansicht vertreten, daß wir im eigenen Lande unseren Holzbedarf nicht decken könnten und der zollfreien Einfuhr deshalb die Tore öffnen müßten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß dem stark verringerten Inlandsbedarf ein sehr stark vermehrter Inlandsanfall an Holz gegenübersteht. Lediglich die Papierindustrie weist etwa den gleichen Holzbedarf auf wie in der Vorkriegszeit. Nach den Ermittelungen des Bergbauvereins und der Grubenholzbörse stellte sich der deutsche Bedarf an Grubenholz 1913 auf 7,3 Millionen cbm und 1924/25 auf 4,15 Millionen cbm, was einen Rückgang um zwei Fünftel bedeutet. Trotzdem wurden im ersten Halbjahr 1926 bisher rund eine Million Festmeter Grubenholz aus Polen eingeführt, während das deutsche Grubenholz in den deutschen Gruben keinen Absatz findet.

Im übrigen ist der augenblicklich anhaltende und sich steigernde Holzexport Polens innerlich ungesund, weil er seinen Hauptgrund in der Verschlechterung der Währung hat. Er kann weder für Polen selbst, noch für die europäische Holzwirtschaft zu etwas Gutem führen, da er die Entwicklung der Schnittwarenpreise auf dem internationalen Markt auf einen gesunden Stand aufhält. Je mehr sich im östlichen Ausland die Wirtschaftsverhältnisse bessern werden, umsomehr werden die Holzexportländer dazu übergehen, Fertigfabrikate ins Ausland zu liefern, den Rundholzexport jedoch einstellen. Die deutschen Rundholzpreise haben einen Tiefstand erreicht, der nur zum Nachteil unserer gesamten Wirtschaft durch Valuta-Dumping und Herabsetzung der Holzzölle noch weiter gesenkt werden können.

Der Holzmarkt leidet im Inlande zurzeit schwer, der Rundholzmarkt besonders durch die übermäßige Einfuhr polnischen Rundholzes und durch den Druck der überaus niedrigen Preise der Schnittwaren. Der Schnittwarenmarkt ist fast völlig zerstört infolge des mangelnden Absatzes auf dem Baumarkt und an die holzverarbeitende Industrie, sowie durch das Überangebot billigen Materials aus Lohnschnitt polnischen Rundholzes in Deutschland.

Gemeinde-Rundschau

Die Kreisversammlung Freiburg hielt Montag nachmittag eine außerordentliche Sitzung unter dem Vorsitz des Altstadtrates Fabrikant Rud. **Fischer** ab. Kreisvorsitzender Dr. **Kopf** berichtete über die Hauptvorlage betr. des **Neubaus einer Kreisstraße** von der Kehre der Straße Titisee—St. Blasien unterhalb dem „Roten Kreuz" abzweigend nach dem Bahnhof Bärental. Das vom Wasser- und Straßenbauamt Bonndorf ausgearbeitete Projekt berechnet die Kosten auf etwa 260 000 Mark, wozu der Staat einen Zuschuß von 40 Proz. (Bis zum Höchstbetrag von 80 000 M.) zugesagt hat. Außerdem beteiligt sich die Erwerbslosenfürsorge mit einem Zuschuß von 50 000 M. aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Ausbesserungskosten der Wegstrecke in ihrer jetzigen Trace sind auf etwa 140—150 000 M. berechnet. Nach längerer Aussprache fand die Vorlage mit großer Mehrheit **Annahme**. Mit den Arbeiten an der neuen Straße soll schon in den nächsten Tagen begonnen werden. — In der Versammlung wurde die **Zahl der Bezirksräte** in den Amtsbezirken des Kreises neu festgesetzt. Sie betragen in Zukunft für den Amtsbezirk Freiburg 11 (statt bisher 17), Emmendingen 8 (bisher 13), Neustadt 7 (bisher 10), Staufen 7 (bisher 8) und Waldkirch 7 (bisher 9).

Das sparsame Nürnberg. In Nürnberg kommt nach einer Zählung bei insgesamt 34 000 Sparkonten der Städtischen Sparkasse Nürnberg auf jeden 12. Einwohner ein Sparbuch. Nürnberg hat bei einem Einwohnerstand von 400 000 Personen 15,8 Millionen RM. Spareinlagen und überflügelt damit die Reichshauptstadt um 50 Prozent.

Aus der Landeshauptstadt

Der Winterfahrplan. Die erste Winterausgabe 1926/27 sowie die Sonderausgaben der drei ersten Teile des Reichs-Kursbuchs mit den am 3. Oktober in Kraft tretenden Winterfahrplänen werden pünktlich am 1. Oktober erscheinen.

Zirkus Carl Hagenbeck kommt dieser Tage zum ersten Male nach hier: Wer das Lebenswerk Kommerzienrates Carl Hagenbeck und sein unvergleichliches Tierparadies Stellingen kennt, wer die Schilderungen seiner Memoiren „Von Tieren und Menschen" und die abenteuerlichen Bücher seiner unerschrockenen Tierfänger gelesen hat, weiß, daß uns mit dem Besuche des Zirkus Carl Hagenbeck Sensationen ganz besonderer Art bevorstehen. Die größte Überraschung wird ja für den Zirkusfreund darin liegen, daß Zirkus Carl Hagenbeck ein echter, wenn auch sehr großer Zirkus ist, wie man ihn heute nicht mehr zu sehen bekommt. Die heutigen Inhaber des Hauses, die Herren Heinrich und Lorenz Hagenbeck haben einen Marstall zusammengestellt, wie er königlicher und kostbarer nicht gedacht werden kann. Das Gestütszeichen des preußischen Staatsgestüts Trakehnen, der „Elchbrand" legitimiert eine lange Reihe wundervoller Füchse und Rappen und neben ihnen stehen die Sprößlinge urältesten Pferdeadels, die weltbekannten Lippizaner, aus dem ehemaligen, von Kaiser Karl V. geschaffenen Gestüt Lippiza der Habsburger. Die schönsten und seltensten Exemplare des Stellinger Tierparkes sind ausgewählt worden, um den Tierpark des Zirkus zu bevölkern. Gigantische See-Elefanten tummeln sich in riesigen Wasserbassins, daneben hausen die gewandten See-Löwen und das ungeschlachte Nilpferd. Der Bison, das Mähnenschaf, dessen Ausfuhr die französische Regierung neuerdings verboten hat, die überaus seltenen großen Ameisenbären, Gürteltiere, Pinguine, Helmkasuare, Strauße, zahlreiche Hirscharten, kurzum, fast 400 exotische Tiere, bei denen natürlich Löwen, Tiger, Elefanten, Eisbären, Panter nicht fehlen, bilden eine zoologische Schaustellung, wie sie eben nur die Hagenbecks zusammenstellen können.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe Unter dem Einflusse des sich über dem Kontinent ausbreitenden Hochdruckgebietes herrschte gestern in Baden meist heiteres Wetter. Niederschlag fiel keiner. Das starke kontinentale Hoch hat die im Norden liegenden Tiefdruckgebiete noch weiter nach Norden gedrängt, so daß Baden vorläufig nicht in deren Witterungsbereich liegt. Daher ist vorderhand mit Fortdauer der gegenwärtigen Witterung zu rechnen. **Prognose:** Vielfach heiter, meist trocken, tagsüber warm.

Kurze Nachrichten aus Baden

* **Heidelberg**, 23. Aug. Die Vorstandssitzung des **Versuchsringes Wiesloch-Heidelberg** wurde anfangs des Monats unter dem Vorsitz des Landwirtes und Kreisrates **Kaltschmitt-Kirchheim-Heidelberg** abgehalten. In Anwesenheit der Vorstandsmitglieder und eines Beamten der bad. Landwirtschaftskammer entwickelte der zuständige Landesökonomierat den von ihm entworfenen Plan, der volle Zustimmung fand. Ein erheblicher Teil der bereits seit drei Jahren laufenden Versuche wurde wieder in den Arbeitsplan eingestellt. Bemerkenswert daran ist, daß in der Erkenntnis des Übelstandes, daß die Bodenbearbeitung in der Landwirtschaft bisher noch sehr als Aschenbrödel behandelt wird, die **Bodenbearbeitungsversuche** an vorderster Stelle stehen. Jede Ringgemeinde erhält 1—3 Bodenbearbeitungsversuche. Der entworfene Voranschlag wurde genehmigt. Der Ringbeamte, Diplomlandwirt **Kirchgäßner** wurde offiziell übernommen. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß der Versuchsring, der seit 25 Jahren in den Kinderschuhen steckte, in seiner heutigen Form in seinen Bestrebungen vollen Erfolg haben möge.

DZ. **Mannheim**, 24. Aug. Wie die „Neue Bad. Landesztg." meldet, ist die **Voruntersuchung** in der **Mordsache Palmer abgeschlossen.** Der Untersuchungsrichter **Frey** wurde mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit betraut. Es handelt sich dem Blatte zufolge um einen außerordentlich verwickelten Kriminalfall. Die Täterin Hermine **Hirt** hat nach Vollführung der Tat und nach ihrem Verschwinden aus der Mietswohnung in einem kleinen hiesigen Gasthaus unter ihrem richtigen Namen gewohnt. Die Hirt wird übrigens von Dortmund aus wegen Raubes gesucht und hat schon mehrere Jahre im Zuchthaus verbracht. — Der heutige Polizeibericht teilt mit, daß die Hirt **umfangreiche Aussagen** gemacht hat, die jedoch noch nicht genau nachgeprüft sind. Entgegen verschiedenen Blättermeldungen wird mitgeteilt, daß **die Leiche des Palmer** mit dem Rücken auf dem Boden des Schrankes liegend vorgefunden wurde. Die beiden Füße waren an einem Seitenbrett senkrecht in die Höhe gezogen. Äußere Verletzungen sind an der Leiche nicht festgestellt. Weitere Einzelheiten, besonders das Ergebnis der Sektion, können vorerst nicht bekanntgegeben werden. Der von der Hirt als Bräutigam angegebene Mann kommt als Mittäter nicht in Frage.

DZ. **Baden-Baden**, 24. Aug. Nach schwerer Krankheit ist im Stadtteil Lichtental Stadtrat **Eisenhardt gestorben.** Er war auch Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins und gehörte dreißig Jahre lang dem Aufsichtsrat der Gewerbe- und Handelsbank Lichtental an. Der Verstorbene zählte zur Zentrumspartei. Am offenen Grabe würdigte Oberbürgermeister **Fieser** die Verdienste des Heimgegangenen, der seit dem Tage der Eingemeindung von Lichtental ununterbrochen Mitglied des Stadtrates war.

* **Freiburg**, 23. Aug. Die Freiburger Verkehrszeitschrift „Schwarzwald und Oberrhein" meldet, gestützt auf Informationen der Mailänder Wirtschaftszeitschrift „Sole", daß das italienisch-schweizerische Konsortium für den Bau der großen **Autostraße Mailand—Hamburg** nach erfolgreichen Schritten beim Bundesrat in Bern sich bereits mit den schweizerischen Verkehrsvereinen, darunter jenem in **Basel**, ins Benehmen gesetzt hat, um von ihnen die nötige Unterstützung bei der Verwirklichung des grandiosen Projektes zu erlangen. Aus der Erwähnung des Basler Verkehrsvereins darf man wohl den Schluß ziehen, daß das Konsortium nicht im Entferntesten daran denkt, eine andere Straßenführung als jene über **Basel—Rheintal—Frankfurt a. M.** zu wählen. In der Mailänder Information heißt es auch noch, daß die notwendigen Schritte bei den deutschen Landesregierungen und den interessierten Verkehrsvereinen in der allernächsten Zeit unternommen werden.

DZ. **Bad Dürkheim**, 23. Aug. Das Bezirksamt hat die für den 4. und 5. September angesetzte **Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei** aus der Pfalz aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit **verboten.** Auf der Versammlung sollte auch Adolf **Hitler** das Wort ergreifen.

Verschiedenes

Die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Meinersen

Die Ermittlungen der Behörden über die Ursache des Leiferder Eisenbahnunglücks gehen, wie aus **Hannover** gemeldet wird, unentwegt weiter. Eine Meldung, daß es gelungen sei, den Verbrecher zu verhaften, trifft jedoch nicht zu. Wie der Oberstaatsanwalt Dr. Stelling-Hildesheim, der die Untersuchung leitet, erklärt, sind alle Ermittlungen bisher negativ verlaufen. — Der Weichensteller **Klusmann**, der kurz nach der D-Zug-Katastrophe bei Meinersen einem von Hannover kommenden Personenzug entgegenlief, ihn durch Signale aufhielt und so weiteres unabsehbares Unheil verhütete, hat eine Belohnung von 1000 Mark erhalten.

Das Urteil im Prozeß Flessa rechtskräftig

Nachdem von beiden Seiten die angemeldete Revision zurückgezogen worden ist, hat, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, das Urteil im Prozeß gegen die Krankenschwester Flessa Rechtskraft erlangt.

Schirokko in Südfrankreich

Der „Voss. Ztg." wird aus Montpellier gemeldet, daß in Südfrankreich seit drei Tagen ein furchtbarer Schirokko weht. Der größte Teil der Ernte ist verbrannt. Zahlreiche Bäume und besonders die Weingärten haben schwer gelitten.

Die Cholera in China

Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pazifique hat sich die in **Charbin** ausgebrochene Cholera-Epidemie auf verschiedene Punkte des chinesischen Ostens ausgedehnt. Die chinesischen Behörden haben umfangreiche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. August		23. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.06	168.48	168.17	168.59
Kopenhagen 100 Kr.	111.39	111.67	111.47	111.75
Italien . 100 L.	13.55	13.59	13.49	13.53
London . . 1 Pfd.	20.363	20.415	20.394	20.426
Newyork . . 1 D.	4.193	4.203	4.194	4.206
Paris . . 100 Fr.	11.84	11.88	11.93	11.97
Schweiz . 100 Fr.	80.91	81.11	80.99	81.19
Wien 100 Schilling	59.25	59.39	59.27	59.41
Prag . . 100 Kr.	12.416	12.456	12.418	12.458

Herabsetzung des Dollarkurses. Entgegen den in Bankkreisen gehegten Erwartungen, daß die Reichsbank die angekündigte Aufhebung der Bindung der Mark an den Dollar erst im Laufe des nächsten Monats vornehmen werde, hat sich nicht bestätigt. Die Reichsbank hat am Montag den Geldkurs auf 4,194 und den Briefkurs auf 4,204 herabgesetzt. Anlaß war ein **stärkeres Devisenangebot** zur Reichsbank, das sie nicht mehr zum alten Kurse annehmen wollte. Mit dieser **Kursveränderung** verläßt — wie die „Frkf. Zeitg. schreibt — die Reichsbank die in den letzten Jahren durchgeführte Kursbindung der Mark an den Dollar mit dem Ziel, ein **Überhandnehmen** des in **den letzten Monaten stark gesteigerten Devisenangebots** zu **bremsen.** Die Herabsetzung des Kurses hat durch die Plötzlichkeit, mit der sie zur Anwendung kam, überrascht, ohne daß allerdings das Angebot dadurch eine Verminderung erfahren hätte. Ob die Kursherabsetzung sich in diesem Sinne in den nächsten Tagen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Zur Einführung der Stahltrust-Aktien. Nach 2½stündiger **Kursfestsetzung** wurde auf der Berliner Börse am Montag um 3.30 Uhr der Einführungskurs für die Aktien der Vereinigten Stahlwerke A.-G. auf 130, bezahlt, Geld, repartiert, festgesetzt. Aufträge unter 10 000 M. fallen aus. Bei Aufträgen von 10—50 000 M. werden eine Aktie, von 50—100 000 Mark zwei Aktien und von 101 000 M. und darüber drei Aktien zugeteilt. Über die Gesamtsumme der verlangten Beträge und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stücke wurden Angaben nicht gemacht. Die Einführung der Aktien gestaltete sich angesichts der noch nie dagewesenen Rekordkonzernzeichnungen und des großen Apparates, der bei der Einführung mitwirkte, zu einer besonderen Sensation. Noch im Laufe des Vormittags waren bei den Banken überaus umfangreiche Kaufaufträge aus dem Publikum auf das neue Papier eingegangen. Die Schätzungen auf die Kaufordres bewegten sich zwischen dem großen Betrage von 1- bis 2½ Milliarden Mark.

Zur Frage der Kalipreise. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat der Reichswirtschaftsminister die durch einen Bevollmächtigten ausgesprochene und begründete Beanstandung des Beschlusses des Reichskalirates, die Kalipreise mit Wirkung vom 1. September 1926 um 12 Proz. zu erhöhen, aufrechterhalten. Der beanstandete Beschluß tritt infolgedessen **nicht in Kraft.** Eine Erhöhung der Kalipreise erfolgt somit nicht.

Staatsanzeiger

Stromversorgung der Gemeinde Horben, hier Enteignung.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 6. August 1926 Nr. 8336 ausgesprochen:

1 Das Grundstück Lagerbuch Nr. 168 der Gemarkung Horben soll zum Zwecke der geordneten Durchführung der Elektrizitätsversorgung der Gemeinde mit einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit gegen vorgängige Entschädigungen in der Weise belastet werden, daß die Gemeinde Horben das Recht hat, über das Grundstück eine elektrische Starkstromleitung zu führen, dazu acht Leitungsmasten auf dem Grundstück aufzustellen und diese Anlage zu unterhalten und zu betreiben.

2. Weitere Verpflichtungen sollen der Unternehmerin nicht auferlegt werden.

3. Eine Änderung des Planes hat nicht einzutreten.

Karlsruhe, den 19. August 1926.

Der Minister des Innern
J. V.: Leers

Auf Grund der in der Zeit vom 22.—31. Juli 1926 abgehaltenen Gewerbelehrer-Hauptprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden:

Baumann, Anton von Freiburg; **Bock,** Rudolf von Oberkirch; **Ding,** Heinrich von Edingen; **Gerhardt,** Paul von Durlach; **Kaucher,** Erwin von Karlsruhe; **Nöltner,** Franz von Karlsruhe; **Stricker,** Josef von Maximiliansau; **Uhl,** Erwin von Karlsruhe; **Vierling,** August von Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.
der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Maschinist Josef **Vierhalter** beim Bezirksamt Bruchsal zum Obermaschinisten daselbst.

Statt jeder besonderen Anzeige

Sonntag nachmittag verschied sanft nach kurzem Leiden in ihrem 83. Jahr unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau Emma Krauß geb. Koenige

Witwe des Gr. Landgerichtsdirektors Wilhelm Krauß

Freiburg i. B. im Ev. Stift, 22. Aug. 1926

Forstmeister **Josef Krauß** und Frau Lilli geb. Hupfer, Staufen
Amtsgerichtsdirektor **Wilhelm Krauß** und Frau Lore geb. Mattenklott, Pforzheim
Else von Frisch geb. Krauß
Direktor **Dr. Ernst von Frisch,** Hellbrunn (Salzburg)
und acht Enkel

Die Feuerbestattung findet in aller Stille statt F.635

Großbrauerei

sucht für den Außendienst einen **gewandten Kaufmann** mittleren Alters mit sehr guten Branchekenntnissen. Es kommen nur Herren in Frage, die im Verkehr mit der Kundschaft Erfahrungen besitzen und mit den badischen Verhältnissen vertraut sind. Die Stellung wird angemessen dotiert und ist bei zufriedenstellenden Leistungen aussichtsreich.

Ausführliche Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Lichtbild erbeten unter F.633 an die Exped. der Karlsruher Zeitung.

Fürsorgeschwester.

Für den **Bezirk Buchen** ist die Stelle einer **Fürsorgeschwester** zu besetzen. F.631

Geeignete Bewerberinnen wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen bis **1. September d. J.** bei uns einreichen.

Bezirksfürsorgestelle Buchen.

Murgbahn Klosterreichenbach-Raumünzach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die Fertigstellung der im Jahre 1923 begonnenen und wieder eingestellten Bauarbeiten auf Los V u. VI (Baden) sind an einen Unternehmer zu vergeben.

Es handelt sich um 25 700 m³ Felsgewinnung und -Beförderung, 10 000 m² Einebnung 940 m² Pflasterung, 210 m³ Steinwurf, einige Röhrendohlen und sonstige kleine Arbeiten. H.441

Die Unterlagen liegen bei der unterzeichneten Stelle auf; Angebote sind an diese mit entsprechender Aufschrift

bis 4. September, vorm. 10.30 Uhr

zu richten, zu welcher Zeit die Eröffnung stattfindet.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Freudenstadt, den 23. August 1926.

Eisenbahnbauinspektion.

Laden mit Wohnung

auch Konditorei-Café oder kl. Gasthof **zu pachten gesucht.** Angeb. erb. u. F. 634 an die Exped. d. Karlsr. Ztg.

Wohnungs-Tausch-Zentrale F.518
Wohnungen und Zimmer vermittelt rasch
Büro Herbst
Zähringerstraße 31
Telephon 2371

Metallbetten F.629
Kinderbett., Stahlmatr., günstig an Private. Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Laut Generalversammlungsbeschluß v. 20. Juli 1926 ist die Liquidation der Firma beschlossen worden. F.636

Als Liquidatoren sind bestellt: **H. Weber,** Binzgen, Dr. **Wagner,** Dogern.

Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert sich zu melden.

H. Weber & Co., Mech. Zwirnerei Laufenburg G. m. b. H.
H. Weber.

H.442. **Bühl.** Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Firma **Gebrüder Schick** in Bühl ist, nachdem der Beschluß des Amtsgerichts Bühl v. 22. Juli 1926, durch den der Zwangsvergleich vom 9. Juli 1926 gerichtlich bestätigt wurde, rechtskräftig geworden ist, beendigt. (§ 69 G.H.O.)

Bühl, 20. August 1926.
Bad. Amtsgericht I.

H.443. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Südd. Teeimport Erwin Josenhans** in Karlsruhe, Friedenstr. 24, wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe, 14. Aug. 1926.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 7.

H.444. **Karlsruhe.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **L. Fränkel,** Manufakturwaren in Karlsruhe, Schützenstr. 32, ist Termin zur Wiederholung er Abstimmung über den Vergleichsvorschlag (§ 182 Abs. 2 K.O.) bestimmt auf **Dienstag, den 21. Sept. 1926, mittags 12 Uhr,** Zimmer Nr. 139 im Amtsgericht Karlsruhe. Der Vergleichsvorschlag u. die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Karlsruhe, 20. Aug. 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 6.

H.445. **Karlsruhe.** Über den Nachlaß des verheirateten Landwirts u. Händlers **Karl Ludwig Wächter** in Liedolsheim wurde heute, vorm. 9 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Bücherrevisor Marx in Karlsruhe, Handelshof. Konkursforderungen sind bis zum **15. September 1926** beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: **20. September 1926, nachmittags 5 Uhr,** Zimmer 131 und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: **27. September 1926, nachmittags 5 Uhr,** Zimmer 131. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt od. zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Nachlaß leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 15. September 1926 anzuzeigen.

Karlsruhe, 21. Aug. 1926.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 8.

H.447. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Reinhold Andrée,** Inhaber Walter Demand in Karlsruhe, Herrenstr. 21, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe, 14. Aug. 1926.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A. 7.

Bekanntmachung.

H.431. **Pforzheim.** In Ansehung des Nachlasses des **Wilhelm Manz,** Lagerplatzarbeiter in Pforzheim und dessen Ehefrau Veronika geb. Merz daselbst, wird gemäß § 1975 ff. BGB. die Nachlaßverwaltung angeordnet und Gerichtsoberverwalter a. D. Max Lohrer in Pforzheim, zum Nachlaßverwalter bestellt.

Pforzheim, 19. Aug. 1926.
Bad. Notariat I als Nachlaßgericht.

H.446. **Philippsburg.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **August Hellmann** in Wiesental Amt Bruchsal ist Vergleichstermin sowie nachträglicher Prüfungstermin bestimmt auf **31. August 1926, nachm. ½3 Uhr.** Der Vergleichsvorschlag sowie die Erklärungen des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Philippsburg zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Philippsburg, 20. 8. 26.
Bad. Amtsgericht. Gerichtsschreiberei.

Güterrechtsregister.

Achern. H.433

Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 353: **Spinner,** Otto, Steinhauer zu Waldulm, und Elise geb. Geiser. Vertrag vom 6. Juli 1926. Gütertrennung.

Achern, 17. Aug. 1926.
Bad. Amtsgericht.

Ettlingen. H.448

In das Güterrechtsregister Band II wurde heute eingetragen:

S. 70: **Knab,** Karl August, Landwirt in Langensteinbach, u. Maria Friederike geb. Reister. Vertrag vom 10. Aug. 1926: Gütertrennung.

Seite 71: **Marx,** Eduard, Kaufmann in Etzenrot, und Maria geb. Vogel. Vertrag vom 10. August 1926: Gütertrennung.

Seite 72: **Rothenberger,** Karl, Kaufmann in Ettlingen und Auguste Luise Henriette geb. Nehm. Vertrag v. 10. August 1926: Gütertrennung.

Ettlingen, 19. Aug. 1926.
Amtsgericht.

Mannheim. H.434

Zum Güterrechtsregister Band XVI O.-Z. 18 wurde heute eingetragen: **Ludwig Alter,** Kaufmann in Mannheim-Käfertal, und dessen Ehefrau Luise Lisette geb. Schoder, daselbst. Vertrag v. 26. Juli 1926 Gütertrennung.

Mannheim, 18. Aug. 1926.
Amtsgericht. F. G. 4.

Mannheim. H.435

Zum Güterrechtsregister Band XVI O.-Z. 19 wurde heute eingetragen: **Leonhard Kunz,** Packer in Mannheim, und Elisabeth geborene Nord, daselbst. Vertrag v. 21. Juli 1926 Gütertrennung.

Mannheim, 18. Aug. 1926.
Amtsgericht. F. G. 4.

Nur 7 Tage **Carl Hagenbeck** Nur 7 Tage

Stellingen-Hamburg
Circus — Tierpark — Völkerschau
Karlsruhe-Meßplatz
Morgen, Mittwoch, 7½ Uhr abends
Zum ersten Male
Hagenbeck's
Revue der Kontinente und Meere
Die besten Circuskünstler der Alten und Neuen Welt — Die edelsten Pferde der Erde — Nie zuvor gezeigte Dressuren von Raub- und Wildtieren

Besonderer Beachtung empfohlen:
Tierpark außerordentlichen wissenschaftlichen Ranges und von unvergleichlichem Sehwert für Schulen — Marstall mit höchstgezüchteten Rassepferden — Völkerschau mit indischen Fakiren, Zauberern, Handwerkern, indischen Tempelmädchen, Lappländerhorde mit Zelten, Renntieren und Eskimohunden

Geöffnet von 10 Uhr bis zum Eintritt der Dämmerung
Preis für Erwachsene M. 1.—, Kinder 50 Pfg.

Vorverkauf: Warenhaus Geschw. Knopf und ab 10 Uhr ununterbrochen an der Hagenbeckkasse

Gemeinde-Sparkasse Berghausen.

H.430

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Hypotheken	3 300.—	Sparguthaben	55 012.39
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	30 329.—	Giroguthaben	6 755.21
Darlehen in laufender Rechnung:		Anlehenskapitalien . . .	92 830.04
a) bei Banken	934.58	Ausgaberückstände	913.20
b) Konto-Korrent-Darlehen	121 630.76	Reinvermögen	4 988.89
Einnahmerückstände . . .	524.16		
Barbestand	3 780.23		
Gerätschaften	1.—		
	160 499.73		160 499.73

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.	RM	Haben.	RM
Zinsen für Einlagen . . .	4 361.88	Zinsen von Aktivkapitalien	19 315.76
Zinsen und Kosten für andere Schulden	9 324.66	Gebühren und sonstige Einnahmen	83.55
Verwaltungsaufwand . .	2 724.70		
Reingewinn für 1925 . .	2 988.07		
	19 399.31		19 399.31

Berghausen, den 1. August 1926.

Gemeinde-Sparkasse Berghausen:

Wagner, Vorsitzender. Huber, Rechner. Schönhaar, Schriftführer.

Druck G. Braun, Karlsruhe